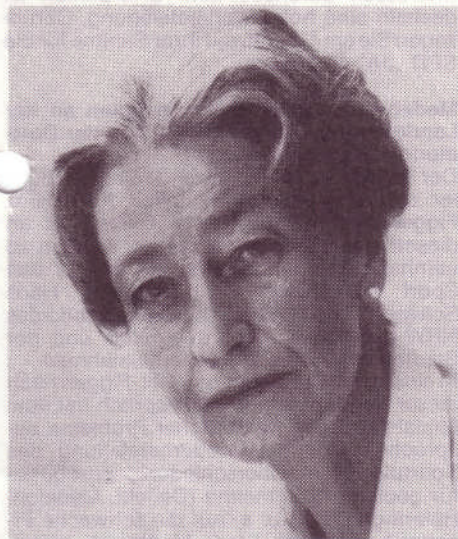


INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

Das Interview mit der SPD-Spitzenkandidatin zur Europawahl, Katharina Focke:



Frage: Die SPD sagt: „Macht Europa stark.“ Warum ist das so wichtig?

Katharina Focke: Denken Sie nur an den Sauren Regen. Der macht nicht an Grenzen halt. Also muß man die Ursachen europaweit anpacken. Das gilt auch für andere Probleme: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, den Verbraucherschutz, die europäische Sicherheit.

Frage: Aber der EG-Agrarmarkt trägt nicht gerade zum guten Ruf der Europäischen Gemeinschaft bei!

Katharina Focke: Richtig, die Garantie-Automatik führt Europa an den Rand des Bankrotts. Wir drängen seit Jahren auf eine Begrenzung der Überschußproduktion. Unter dem Druck leerer Kassen haben die Landwirtschaftsminister endlich an der Handbremse gezogen. Aber der Bremsweg ist leider noch viel zu lang.

Frage: In den herkömmlichen Industriebranchen wie Kohle, Stahl, Textil werden wohl kaum wieder neue Arbeitsplätze entstehen. Wo sehen Sie denn Möglichkeiten für eine wirksame Beschäftigungspolitik?

Katharina Focke: Wir fordern kräftige Impulse für eine Industrie- und Forschungspolitik. Zum Beispiel für die Bereiche der erneuerbaren Energien und den Umweltschutz. Wir Europäer müssen neue Industrien fördern, die neue Arbeitsplätze schaffen, aber zugleich auch umwelt- und sozialverträglich sind.

Zitat

„Es sollte dafür Sorge getragen werden, daß Arbeitszeitverkürzungen im Zeitpunkt konjunktureller Flaute bevorzugt durchgeführt werden, wobei der volle Lohnausgleich garantiert sein muß.“

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in einem Gutachten von 1963, erstellt im Auftrag des damaligen Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard (CDU).

Frage: Was nützt die Europäische Gemeinschaft denn den Arbeitnehmern?

Katharina Focke: Zunächst sichert der Gemeinsame Markt Millionen Arbeitsplätze. Er muß allerdings zu einem echten Binnenmarkt ohne Grenzkontrollen für Waren und Menschen ausgebaut werden. Für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf allen Ebenen und insbesondere für die 35-Stunden-Woche hat sich das Europäische Parlament auf unsere Initiative hin ausgesprochen.

Frage: Sie haben die Grenzblockaden einen „europäischen Schock“ genannt...

Katharina Focke: ...den der Ministerrat durch seine beharrliche, vertragswidrige Untätigkeit hervorgerufen hat. Auch da gibt es eine Klage: Parlament gegen Ministerrat, also die nationalen Regierungen. Ein Vierteljahrhundert nach Gründung der Europäischen Gemeinschaft müssen die Grenzschikanen endlich weg. Europa braucht grünes Licht. Wir haben entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Frage: Was wünschen Sie sich für den 17. Juni?

Katharina Focke: Erstens: Eine gute Wahlbeteiligung. Zweitens: Daß wir Sozialdemokraten zusammen mit unseren Freunden aus den anderen Ländern der Gemeinschaft eine noch kräftigere, gemeinsame Fraktion bilden. Denn sonst machen die Wende-Parteien auch noch in Europa „schwarze“ Politik. Gerade in Fragen des Arbeitsschutzes, der Mitbestimmung, des Verbraucher- und Umweltschutzes haben sich die Kohl/Genscher-Abgeordneten im Europäischen Parlament schon in der Vergangenheit als Bremsklötze erwiesen.

Frage: Die Europa-Wahl soll also auch eine Antwort auf die Politik in Bonn werden?

Katharina Focke: Ja. Die Bürger haben inzwischen gemerkt, wie teuer sie die Wende bezahlen müssen. Ich glaube, daß kluge Wähler den Stimmzettel zum Denkmittel machen werden.

Statt Wahlkampfkosten 700,— DM für die Jugend

Die SPD in Medebach wird für den Europawahlkampf nur eine geringe Summe ausgeben. Ihr scheint es sinnvoller, dieses Geld für die Jugendförderung einzusetzen. Deshalb wird sie dem Stadtverband 500,— DM überweisen, mit der Auflage, diesen Betrag gezielt der Förderung des Jugendsports zukommen zu lassen. Darüber hinaus erhalten die Jugendspielmannszüge in Medebach und Oberschledorn je 100,— DM.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach
Redaktion: Dietmar Bügler, Roninghausen 5, 5789 Medebach
Satz/Druck: Kralling-Druck, Siedlinghausen

Die Kleinen müssen dran glauben

Noch nie hatten Arbeitnehmer so wenig Sicherheit.

Jeder Arbeitstag kann der letzte sein. Die Familien-Kassen werden geplündert. Am Monatsende leere Taschen. Das soziale Netz reißt.

- Kürzungen beim Arbeitslosengeld.
- Mutterschafts-Urlaubsgeld gekürzt.
- Schüler-BAFÖG gestrichen.
- Sozialversicherungsbeiträge erhöht.
- Abzüge am Krankengeld.
- Eigenbeteiligung bei Krankenhauskosten und Kuren.
- Weniger Kurzarbeitergeld.
- Weniger Schlechtwettergeld.
- Weniger Geld bei Fortbildung oder Umschulung.
- Mehr Abzüge beim Weihnachts- und Urlaubsgeld.
- Höhere Mehrwertsteuer.
- Steigende Mieten.

Kohl macht Umverteilung von unten nach oben. Sein Steuergeschenk 1984 an die Oberen: 3,7 Milliarden Mark!

Jetzt ist ein Denkmittel fällig.

Macht den Stimmzettel zum Denkmittel. Am 17. Juni Europawahl. SPD

Ihr Europakandidat: Günter Topmann

Der Schwung der großen Idee ist dahin. Geblieben vom Aufbruch zu einem geeinten Europa ist bei vielen nur Resignation und Verärgerung über die schlagzeilenträchtige Mißwirtschaft auf dem Agrarmarkt. Doch rechtfertigt diese Krise der Gemeinschaft wirklich eine Abkehr von Europa?

Nein: Was wir jetzt brauchen, ist nicht weniger europäische Zusammenarbeit sondern mehr. Wenn wir jetzt aufgeben und uns in die nationale Ecke zurückziehen, landen wir in einer gefährlichen Sackgasse.

Es ist ein Trugschluß zu glauben, ohne die EG ginge es uns hier in der Bundesrepublik besser: Trotz aller Unkenrufe profitiert die deutsche Wirtschaft schon jetzt von der Gemeinschaft. Etwa 50 Prozent des bundesdeutschen Außenhandels gehen in EG-Länder.

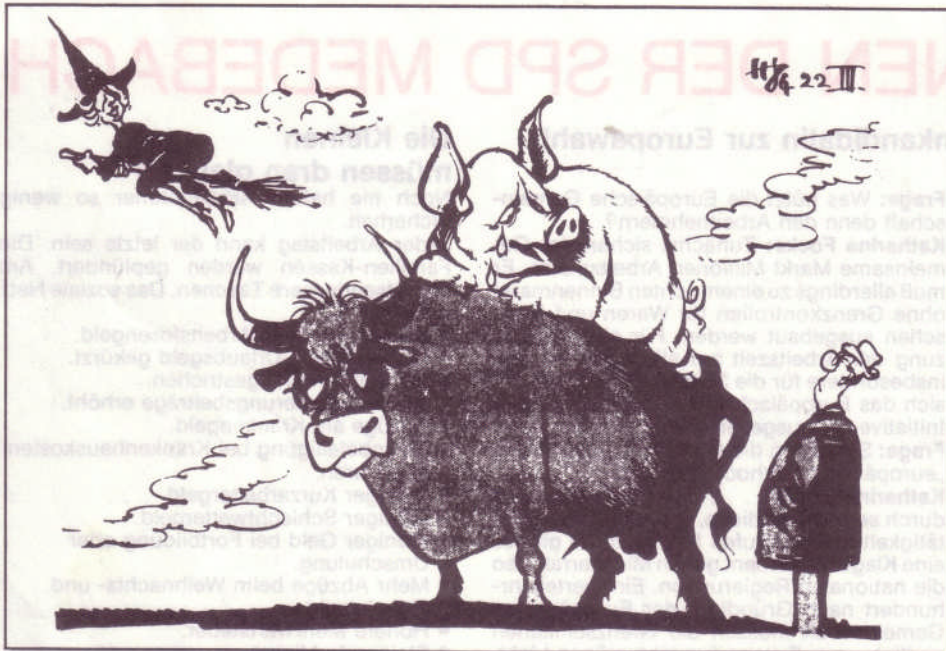
Schuld am schlechten Ruf der EG sind ergebnislose Gipfeltreffen, fruchtlose Ministerunden und endlose Streitigkeiten um Butterberge, Weinseen oder gammelige Obsthalde. Doch im europäischen Parlament scheitern Fortschritte und gemeinsame Maßnahmen nicht: Die Abgeordneten der 10 EG-Staaten zeigen immer wieder konstruktive Wege auf. Sie scheitern jedoch häufig an ihrer geringen Machtbefugnis. Noch beschließt der Ministerrat als entscheidendes Gremium die Empfehlungen, Richtlinien und Verordnungen der EG und kann sich über die „Beschlüsse“ des Parlaments hinwegsetzen. Die Minister aber, instruiert von den Regierungen und Interessenverbänden ihrer Heimatländer, vertreten oft engstirnig ihre nationalen Interessen.

EG-Landwirtschaft ist tierisch teuer

Nationaler Egoismus, Ideenlosigkeit und Bürokratismus haben aus der Europäischen Gemeinschaft ein gigantisches Silo für Butter, Magermilch und Wein, für Rindfleisch und Schweinefleisch gemacht. Rund 60 Milliarden DM hat die Gemeinschaft in ihren Haushaltskassen, zwei Drittel davon gehen drauf, um irgendetwas Landwirtschaftliches zu finanzieren: Für Garantiepreise, für Lagerhaltung, für Transportsubventionen, für Obst-Vernichtung.

Folgen dieser Agrarpolitik: Statt Markt Subventionen; hohe Lebensmittelpreise für die Verbraucher; Vorteile für die nach Industrie-Vorbild produzierenden Großagrarier; Benachteiligung der kleinen und mittleren Bauern, die sich eine Durchrationalisierung nicht leisten können.

Deswegen verlangen die Sozialdemokraten im Europaparlament: Bedürftigen Bauern soll mit direkten Einkommenszuschüssen geholfen werden.



„Ehrlich, ich bin wirklich Europa, aber eine böse Hexe hat mich zur Sau gemacht!“

Unsere Medebacher Landwirte haben ebensovienig wie woanders begriffen, daß sie von den Agrarindustriellen vom Schlage Heeremann lediglich vor deren Karren gespannt werden. Man sehe sich nur die Interessenpolitik unseres Klein-Heeremann Reinhard Schäfer, Stadtvertreter der CDU, an. Das Gemeinwohl aller Medebacher Bürger hat sich bedingungslos den Interessen einer industriellen Landwirtschaft unterzuordnen, wie er sie versteht. Da ist ihm geordnete Stadtentwicklung ebenso schnurz wie Umweltschutz. Vom Landschaftsschutz hält er rein gar nichts:

„Land- und forstwirtschaftliche Flächen sollten grundsätzlich nicht unter Landschaftsschutz gestellt werden“ tönte er zum geplanten Landschaftsschutzgebiet Rothargebirge — und überzeugte damit natürlich seine sämtlichen CDU-Kollegen einschließlich des

Bürgermeisters. „Ja kein Landschaftsplan“ sekundierte der Kaffeeröster dem Schweinehalter.

Gegen eine Interessenvertretung der Bauern ist ja nichts einzuwenden. Aber die hemmungslose Durchsetzung agrarindustrieller Ziele in der Art unseres Klein-Heeremann auf Kosten von Landschaft und Umwelt zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Aber so ist das nun mal: wer will heute schon im Blick auf die Zukunft zurückstecken? Um eines kurzfristigen Vorteils willen werden Gefahren entweder ganz verdrängt oder aber verniedlicht. Der augenblickliche Vorteil wird durchgesetzt, die Kosten solch christdemokratischer Landwirtschaftspolitik werden wir alle zu tragen haben. Das ist rücksichtslose und zerstörerische, auf keinen Fall konservative Politik. Konservativ sein hieße nämlich, Landschaft und Umwelt bewahren!

Herr Zimmermann und das Waldsterben

Endlich haben wir einen Innenminister, der sich für die Umwelt einsetzt, glauben immer noch viele Bundesbürger.

Gewiß: würden seine Ankündigungen wahr, kämen wir einen großen Schritt weiter. Die Großfeuerungsanlagenverordnung hat er verschärft — weniger Schadstoffe sollen aus den Kraftwerksschornsteinen in die Luft geblasen werden. Betroffen sind allerdings nicht die Altanlagen. Wußten Sie schon, was man unter einer Altanlage versteht? Dazu gehört auch das Werk, das auf der heute noch grünen Wiese demnächst einmal gebaut werden soll! Es braucht nur im vorigen Jahr der erste Genehmigungsantrag gestellt worden zu sein. Man kann sich ausrechnen, wie lange der Dreck aus sogenannten Altanlagen noch in die Luft geschleudert werden darf. Und außerdem sollen sich mehrere Werke zu einem Verbund zusammenschließen dürfen. In diesem Verbund darf dann ein Werk das Vielfache des eigentlich nur erlaubten

Schmutzes ausstoßen, wenn ein anderes dafür weniger als zugelassen verbreitet. Da braucht sich also ein Verpester nur mit einem anderen zusammenzutun, der sowieso sauber produziert. Schon darf er seine Dreckschleuder weiterbetreiben. Das ist Umweltschutz nach dem Geschmack der verantwortlichen Politiker von CDU/CSU.

Und auch bei den Autos wird Old Schwurhand-Zimmermann bald Gelegenheit zum neuerlichen Schwur haben, zum Offenbarungseid nämlich. Ab 1986 bleifreies Benzin und abgasarme Autos will er verordnen. Und in Fernsehspots für die Europawahl verkauft die CDU diese ihre Umweltschutzpolitik. Dabei wissen Herr Zimmermann und die Bundesregierung ganz genau, daß daraus nichts werden kann. Dies wäre nämlich ein Verstoß gegen Europarecht, das bleihaltiges Benzin zwingend vorschreibt und das dem deutschen Recht übergeordnet ist. Der frühere CDU-Minister, jetzige EG-Kommissar Narjes

Fortsetzung von Seite 1: (Günter Topmann)

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Beschäftigungspolitik. Über 13 Millionen Menschen sind zur Zeit in den Ländern der EG arbeitslos. Der Trend zur Rationalisierung und Technisierung, verbunden mit dem Zwang, konkurrenzfähig zu bleiben, verschärft die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen einen internationalen Solidaripakt in der EG statt ruinösen Preisdruck wie durch die enormen Staatssubventionen im Stahlbereich. Wir müssen die vorhandene Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung in Europa umverteilen, statt die Arbeitslosigkeit teuer über die Steuern der Erwerbstätigen zu finanzieren.

Ein Europa der Arbeitnehmer und nicht nur der Konzerne kann sich der völligen Entsolidarisierung der Gesellschaft entgegenstellen, wie sie derzeit leider in konservativ regierten Ländern geprobt wird.

Dazu brauchen wir ein starkes Europäisches Parlament, das die Bürger Europas hinter sich hat. Dann besitzt es auch die Macht, ihre Interessen durchzusetzen. Erforderlich ist deshalb eine hohe Wahlbeteiligung. Darum sagen Sie am 17. Juni mit ihrer Stimme für die SPD „JA“ zu Europa.

Medebacher Sportpolitiker nahmen an der Landessportkonferenz der SPD in der Dortmunder Westfalenhalle teil.

Der Sportausschubsvorsitzende Dietmar Bügler und das Ausschußmitglied Karl-Heinz Figgen waren interessierte Teilnehmer an diesem sportpolitischen Forum, an dem so namhafte Persönlichkeiten wie der für den Sport zuständige Kultusminister Hans Schwier, der Sportausschubsvorsitzende des NRW-Landtages Richard Winkels und der Städtebauminister Ch. Zöpel teilnahmen.

In einem von D. Bügler und K-H. Figgen nach dieser Tagung geführten Gespräch mit dem Minister wurden Medebacher Probleme besprochen, wie die Wiederherstellung des Sportplatzes in Oberschledorn, Zuschüsse für geplante Sporthelme (Deifeld, Medelon, Referinghausen) u. a. Auf die schwache Finanzsituation der Stadt Medebach eingehend, sagte der Minister, daß er sich auch weiterhin dafür einsetzen werde, daß Ausgleichsstock-Gemeinden auch in Zukunft keine Gebühren für die Benutzung öffentlicher Sportstätten zu erheben brauchen. Zum Abschluß dieses Gespräches sagte der Minister Hans Schwier fest zu, nach Medebach zu kommen, um sich vor Ort über unsere Probleme zu informieren.



will bleifreies Benzin erst ab 1989 zulassen — mit einer Übergangsfrist bis 1995. Hat der Bundesinnenminister das EG-Recht bei seinen vollmundigen Ankündigungen nicht gekannt? Oder wollte er die über das Waldsterben beunruhigten Bundesbürger für dumm verkaufen? Oder will er nunmehr vorsätzlicher Gesetzesbrecher gegenüber dem EG-Recht werden?